

in einem Generalstabsbericht gesagt worden ist, daß es bei den jetzigen militärischen Einrichtungen möglich sei, in einer sehr kurzen Zeit — wenn ich mich recht erinnere, innerhalb drei Tagen — eine Armee von einer Million auf den Beinen zu haben, nun, meine Herren, ist es da nothwendig, daß wir in Friedenszeiten solche Opfer bringen und 600,000 Mann präsent halten müssen? Die Machtstellung Deutschlands würde auch bei einer geringeren Präsenz nicht darunter leiden. Ich habe im Reichstage für einen gleichen Antrag gestimmt und werde mit gutem Gewissen auch für diesen stimmen. Ich fürchte auch nicht, daß durch diesen Antrag der Consolidation Deutschlands, welche auch ich wünsche, hindernd entgegengetreten wird. Und wenn wir auch von der hohen Staatsregierung soeben die Erklärung gehört haben, daß es ihr jetzt nicht möglich sei, diesem Antrag Folge zu geben, so mag sie ihn nur immer in gutem Andenken behalten, bis der Zeitpunkt wird eingetreten sein, wo sie, unseren Wünschen entsprechend, mit vollem Nachdruck davon Gebrauch machen kann.

Abg. Walter: Meine Herren! Ich würde jedenfalls mir nicht erlaubt haben, das Wort nochmals zu nehmen, wenn mich nicht einige Bemerkungen des Herrn Abg. Dr. Biedermann dazu nöthigten. Der Herr Abg. Dr. Biedermann meinte, daß der Antrag, den die Abgg. May und Genossen gestellt haben, von dem Ausland so aufgefaßt werden könnte, als sollte die Machtstellung des Bundes dadurch in irgend einer Weise verringert werden. Ich kann mich den Gründen, die der Herr Abg. Dr. Biedermann dafür angeführt hat, in keiner Weise anschließen. Ich meine gerade, daß unsere Machtstellung darin liegt, wenn wir zeigen: wir sind so mächtig, daß wir Euch gar nicht fürchten; wir bekümmern uns gar nicht um's Ausland, sondern wir fangen mit der Abrüstung an, und ein einziges Mal von unserer Seite hiermit begonnen, würde uns in einen höheren Respekt dem Auslande gegenüber stellen, als wenn wir immer mehr Soldaten schaffen. Ich möchte einmal sehen, wenn wir die Abrüstung in der Weise vornehmen könnten, wie wir es wünschen, ob nicht Frankreich und Oesterreich das mit unendlicher Freude begrüßen würden; ich meine damit natürlich das Volk und gegen die Stimme des ganzen Allgemeinen kann auch eine Regierung, und selbst wenn sie noch so mächtig ist, auf die Dauer nicht anstreben. Wir sehen das eben jetzt im Westen, in dem Staate, der heute schon so oft genannt ist. Auch dort ist die Regierung nicht im Stande, der Macht des Volkes und dessen Ansichten auf die Dauer vollständig entgegenzutreten; auch dort hat die Regierung sich Dem fügen müssen, was die Stimme des Landes im Allgemeinen gewollt hat. Ich muß übrigens gestehen, daß für mich der Umstand beschämend ist, daß, wenn irgend ein mächtiger auswärtiger Fürst einmal nicht, gleich in allen Zeitungen dies als etwas Außerordentliches hingestellt wird. Ich meine, wir sollten

uns ebenso wenig darum kümmern, wie andere Leute um uns in dieser Beziehung sich zu kümmern nöthig und Ursache haben. Und sollte uns Jemand angreifen, so liegt noch in dem deutschen Volke dasselbe Gefühl, wie in den Jahren 1813, 14 und 15, ja es ist vielmehr noch ganz anders gestärkt, und zeigen wir nur, daß wir wirklich Deutsche sind, dann hat uns das Ausland Nichts zu sagen, was es leider oft gethan hat und noch thun will.

Wenn ich übrigens auf die Aeußerung des Herrn Staatsministers zurückkomme, daß mit dem Militärbudget vor dem Jahre 1871 Nichts zu machen wäre, so hat schon der Herr Abg. Sacke ausgesprochen, warum der Antrag jetzt kommt. Wäre kurz vor 1871 ein Landtag, so würde jedenfalls dann der Antrag gestellt worden sein; da aber die Möglichkeit vorhanden ist, daß im Reichstag eher darüber entschieden wird, so haben die Abgg. May und Genossen geglaubt, jetzt ihre Meinung aussprechen zu sollen. Im Uebrigen stimmt jedenfalls die Kammer ganz mit der Ansicht des Herrn Ministers überein. Nicht begreifen kann ich aber, warum die sächsische Regierung im Bundesrath ihren Einfluß nicht geltend machen sollte und in der von uns angegebenen Weise vorgehen. Ich gestehe, daß ich gedacht habe, der Bundesrath sei ebenso gut, wie eine andere Versammlung, da spricht sowohl der Eine, als der Andere seine Ansicht aus. Und warum sollte die sächsische Regierung da nicht sagen können: „In unseren Kammern ist dieser Wunsch geltend gemacht worden; ist es nicht möglich, auf diesen Wunsch einzugehen?“ Mit diesem Antrage hat ja die Regierung keinen definitiven Auftrag erhalten: „Du mußt es durchbringen“, sondern es wird bloß der Regierung gesagt: Es ist der Wunsch, nach Kräften, nach Möglichkeit dahin zu arbeiten, und dies, meine ich, ist selbst der königl. Staatsregierung möglich. Es wird Nichts weiter verlangt, als dem Wunsche im Bundesrath Ausdruck zu geben. Sobald dieses geschehen ist, ist man ja mit dem Bestreben der Staatsregierung einverstanden.

Merkwürdig ist es übrigens, daß die Antragsteller, die den Antrag von May u. c. wieder illusorisch machen wollen, nämlich die Abgg. Eule und Genossen alle sich dagegen verwahren, als seien sie nicht ganz mit uns einverstanden. Sie wollen aber den Punkt b weg haben und den Punkt a geändert wissen. Das heißt ungefähr: wir wollen den ganzen Antrag nicht; wir wollen nur den unsrigen. Nehmen Sie den Unterantrag des Abg. Eule an, so heißt das: den May'schen Antrag vollständig ablehnen, weil derselbe Nichts taugt; denn er ist nicht praktisch. Alle die Gründe also gegen uns und alle von dem Abg. Dr. Biedermann für seinen Antrag angeführten Motive können mich nicht überzeugen, daß wir Unrecht haben. Nehmen Sie diese Anträge von Eule an, so ist der May'sche vollständig überflüssig. Ich bitte Sie daher, dabei zu bleiben, denjenigen von May pure anzunehmen.